

# DEUTSCHLAND IN DER MITTE HALTEN

## AUF BRU CH 22

ein projekt der csu im bundestag

**Respekt vor Leistung, Chancen auf Teilhabe**

Die 2020er Jahre stellen Deutschland vor enorme Herausforderungen: Corona-Pandemie, stockende Lieferketten, verschärfter internationaler Wettbewerb, steigende Inflation und Preise, wachsender Migrationsdruck an der EU-Außengrenze und neue Bedrohungen weltweit. Hinzu kommen Digitalisierung, die Bekämpfung des Klimawandels und der demographische Wandel mit einem Reformbedarf unserer Renten- und Sozialsysteme.

Deutschland braucht einen Aufbruch, der von der gesellschaftlichen Mitte getragen ist, um diese vielfältigen Herausforderungen der 2020er Jahre gemeinsam erfolgreich zu bewältigen. Einen Aufbruch für wirtschaftliche Stärke und stabile Finanzen, für Entlastungen für Bürger und Betriebe, für eine prosperierende Mittelschicht, für soziale Verantwortung und Respekt vor der Leistung jedes Einzelnen.

Die links-gelbe Regierung lässt es an vielen Stellen an Respekt missen. Steuererhöhungen für Millionen Bürger und Betriebe zeigen mangelnden Respekt vor Leistung und den Familien, die in der Pandemie eine Hauptlast getragen haben und tragen. Erfundene Schlupflöcher für neue Schulden in Deutschland und Europa zeigen mangelnden Respekt vor kommenden Generationen. Neue Anreize für irreguläre Migration zeigen mangelnden Respekt vor den Belastungsgrenzen unserer Gesellschaft. Weniger Unterstützung für Sicherheitsbehörden und Bundeswehr zeigen mangelnden Respekt gegenüber denjenigen, die für unsere Sicherheit ihre Gesundheit riskieren.

Wir als CSU im Bundestag stehen für das Kontrastprogramm zu dieser links-gelben Politik als starke politische Kraft der gesellschaftlichen Mitte. Wir sind die Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Familien und Pendler, der jungen Generation und ihrem Anspruch auf die Zukunft und der älteren Menschen im wohlverdienten Ruhestand, der Unternehmer und Selbstständigen und der engagierten Bürger vor Ort.

Für diese Mitte stehen wir bereit – mit unserem Programm für einen Aufbruch, für Respekt vor Leistung und Chancen auf Teilhabe. Dafür starten wir das **Projekt Aufbruch22**.

# 1 HAUSHALT

## Schulden abbauen, Zukunftschancen aufbauen

Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland Maßstäbe gesetzt mit sechs Haushalten in Folge ohne neue Schulden. Zum Kampf gegen die Corona-Pandemie haben wir 2020 erstmals wieder Schulden aufgenommen, um Bürger und Betriebe in der Krise maximal zu unterstützen. Gleichzeitig haben wir Europa als Stabilitätsunion erhalten und eine Schuldenunion verhindert. Wir haben in der Finanz- und Eurokrise auf echte Reformen statt laxerer Schuldenregeln gedrungen und dafür gesorgt, dass Europa und seine Mitgliedstaaten gut durch diese Krisen gekommen sind. Wir haben dabei Solidität und Solidarität stets in einen verantwortungsvollen Ausgleich gebracht.

Die links-gelbe Regierung hat mit den Stabilitätsprinzipien gebrochen. Die FDP hat im Wahlkampf solide Haushalte gefordert, in der Regierung hat sie Schlupflöcher für neue Schulden erfunden. Statt eine Rückkehr zu soliden Finanzen zu erreichen, will die neue Regierung die Schuldenbremse betrügen. Statt in Europa weiter Stabilität einzufordern, will die Ampel Schulden vergemeinschaften und eine EU-Arbeitslosenversicherung einführen. Wenn diese Politik weitere Nachahmer und Anhänger findet, gefährdet das die Stabilität in ganz Europa und begründet eine Schuldenfalle für kommende Generationen. Der Teufelskreis von weiterer Geldentwertung, Inflation und damit auch zwangsläufig mittelfristig steigender Zinsen im Euro-Raum muss durchbrochen werden. Zukünftige Haushalte werden mehrfach massiv belastet: Zum einen durch die Rückzahlung der erhöhten Schuldenaufnahme sowie die darauf steigenden Kreditzinsen. Notwendige zukünftige Investitionen wären nur durch weitere Kreditaufnahmen möglich und die Rückkehr zu ausgeglichenen Haushalten wäre damit ausgeschlossen. Die Folge wäre zudem eine massive Verteuerung der Lebenshaltungskosten für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in der Haushaltspolitik und wollen so schnell wie möglich zurück zur Schwarzen Null. Für uns ist die Schuldenbremse kein Fetisch, sondern Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen.

- **Klage gegen Schummel-Haushalt.** Die links-gelbe Koalition versucht mit Schuldenakrobatik das Grundgesetz zu umgehen. Als erste Amtshandlung hat der neue Finanzminister einen Haushalt vorgelegt, der über 60 Milliarden Euro an der Schuldenbremse vorbeischummelt. Nicht um zusätzliche Investitionen zu finanzieren oder Bürger zu entlasten, sondern um morgen Maßnahmen zu finanzieren, die Links-Gelb heute noch nicht kennt. Wir wollen diesen Betrug am Steuerzahler mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht stoppen. Ob dieser Haushalt verfassungswidrig ist, wird das Gericht entscheiden; dass er sittenwidrig ist, steht fest. Fakt ist: Die Haushaltspolitik der Ampel ist nicht solide, sondern dreist.
- **Rückkehr zum Projekt Schwarze Null.** Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsmodell und ein echter Garant für Generationengerechtigkeit. Wir wollen deshalb einen Neustart für das Projekt Schwarze Null mit drei Stufen: Ab 2023 Schuldenbremse wieder einhalten, ab 2025 wieder Haushalte ohne neue Schulden und bis 2030 eine Schuldenquote von unter 60 Prozent. Der Schwarzen Null war es zu verdanken, dass wir die Folgen der Corona-Pandemie für Bürger und Betriebe maximal abfedern konnten. Um das auch künftigen Generationen zu ermöglichen, braucht es jetzt einen klaren Kurs für eine neue Dekade nachhaltiger und generationengerechter Finanzen.

- **Garantie für die Stabilitätsunion.** Die europäischen Schuldenregeln sind der Garant für einen stabilen gemeinsamen Währungsraum. Wir wollen deshalb, dass die klaren Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsequent eingehalten werden. Gleichzeitig wollen wir das Regelwerk verbindlicher gestalten und verpflichtende Schuldenrückbaupläne sowie härtere Sanktionen bei Verstößen einführen.

## 2 ENTLASTUNGEN

### Leistung würdigen, Einkommen respektieren

Die Corona-Pandemie, Rekord-Inflation, Preissteigerungen und Nullzinspolitik stellen unsere Bürgerinnen und Bürger vor enorme Herausforderungen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fürchten seit Beginn der Pandemie um ihren Job, Sparer fürchten durch die Nullzinspolitik um ihr Ersparnis, Familien und Alleinerziehende durch die Preissteigerungen um die Bewältigung des Alltags.

Die links-gelbe Regierung setzt auf mehr Steuern statt Gegensteuern und macht sich damit zur Teuer-Koalition für die Menschen in unserem Land. Die Entlastungsversprechen von FDP und SPD werden gebrochen, das versteckte Steuererhöhungsprogramm der Grünen wird gestartet. Die vorgesehene Streichung von sogenannten Subventionen bedeutet nichts anderes als Steuererhöhungen für Millionen Bürger und Betriebe.

Wir stehen für das Kontrastprogramm zu Links-Gelb und wollen ein umfassendes Stärkungsprogramm für die Mitte der Gesellschaft – mit weniger Steuern und mehr Netto vom Brutto. Wir würdigen Leistung und respektieren Einkommen und fordern: Steuern runter und Entlastungen für Familien und Alleinerziehende rauf.

- **Soziale Steuerreform für kleine und mittlere Einkommen.** Wir wollen, dass diejenigen, die in der Pflege, an der Kasse, bei Dienstleistungen, in Industrie und Handwerk großen Einsatz zeigen auch gut bezahlt werden. Dafür wollen wir eine soziale Steuerreform umsetzen und kleine wie mittlere Einkommen deutlich entlasten. Spitzensteuersätze sollten von Spitzenverdienern gezahlt werden – nicht von Facharbeitern und der arbeitenden Mitte. Das muss sich auch im Steuerrecht abbilden. Gleichzeitig wollen wir die Höhe der Sozialabgaben für kleine Einkommen deckeln.
- **Super-Pauschbetrag für die Mitte der Gesellschaft.** Wir wollen für alle Einkommen unter 60.000 Euro einen Super-Pauschbetrag in Höhe von 1.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022, um Corona-bedingte Mehrausgaben pauschal steuerlich zu berücksichtigen.
- **Entlastungssignal für Familien.** Wir wollen Familien entlasten und unterstützen, die Preissteigerung im Alltag abzufedern. Wir halten deshalb am Ehegattensplitting fest und wollen zusätzlich Kinder positiv berücksichtigen, indem wir den Steuerfreibetrag für Kinder auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben. Gleichzeitig wollen wir den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anheben und das Wohngeld für Alleinerziehende um 20% aufstocken. Beim Elterngeld wollen wir vor allem auch Väter ermutigen, stärker als bisher die Elternzeit zu nutzen. Dafür wollen wir einen Elterngeld-Bonus schaffen. Wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen, soll der Anspruch auf das Elterngeld um weitere zwei Monate (12+4) steigen. Kinderbetreuungskosten wollen wir vollständig steuerlich absetzbar machen.

- **Kostenloses Konto für Senioren.** Die aktuelle Inflation und gleichzeitig steigende Kontogebühren treffen insbesondere Rentner. Hier wollen wir gezielt entlasten und Rentnerinnen und Rentner unterstützen. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Banken ein kostenloses Basiskonto für Senioren entwickeln, bei dem grundlegende Funktionen, wie die Abwicklung von Rente, Miete und Versicherungen, kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Um die Banken zu entlasten, wollen wir unnötige Regulierung prüfen und möglichst für Entlastungen sorgen.

### 3 INFLATION

#### Ursachen bekämpfen, Bürger schützen

Die Inflation ist auf einem Rekordhoch, die Zinsen sind auf Rekordtief. Die Folge ist: Die Bürger zahlen immer mehr, die Sparer haben immer weniger. Dennoch setzt die für eine stabile Währung zuständige Europäische Zentralbank (EZB) weiter auf Befeuern statt Bekämpfen. Die EZB scheint sich vom Zwei-Prozent-Inflationsziel verabschiedet und ihrer Null- und Negativzinspolitik dauerhaft verschworen zu haben. Ein Ende der Teuer- und Entwertungsspirale ist damit nicht in Sicht.

Statt Bürgerinnen und Bürger zu schützen, stoppt die links-gelbe Regierung ausgerechnet jetzt den Ausgleich der kalten Progression. Statt Entlastungsversprechen für Bürger und Unternehmen umzusetzen, umgeht die Ampel die nationale Schuldenbremse und plant Weichenstellungen für eine Schuldenunion in Europa.

Wir stehen für das Kontrastprogramm und wollen einen wirksamen Schutzschirm gegen die Inflation und für unsere Sparerinnen und Sparer spannen. Gleichzeitig erwarten wir von der EZB eine konsequente Inflations- und Zinswende mit einer Rückkehr zu ihrem eigentlichen Auftrag, Inflation zu bekämpfen und eine stabile Währung sicherzustellen.

- **Inflationsbremse bei der Einkommenssteuer.** Wir wollen eine automatische Inflationsbremse dauerhaft gesetzlich festschreiben. Die progressionsbedingten Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer muss der Staat ohne Wenn und Aber an den Steuerzahler zurückgeben. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode diese versteckten Steuererhöhungen stets ausgeglichen, die neue Regierung verweigert diese Logik. Mit der Festschreibung des Ausgleichs der kalten Progression muss der Steuerzahler zukünftig vor solchen steuerpolitischen Fouls geschützt werden. Außerdem wollen wir einen Schutzschirm gegenüber Preissteigerungen für geringe Einkommen mit einem Ausgleich bei sozialen Leistungen.
- **Garantiezins für die Altersvorsorge.** Private Altersvorsorge braucht Zinsen. Solange die EZB die Zinsen künstlich auf oder unter Null drückt, werden Sparer enteignet und zusätzlich mit Negativzinsen belastet. Deutschland braucht einen Zinsbonus statt des EZB-Spamalus. Wir wollen dafür eine Deutschland-Innovationsanleihe für kleine und mittlere Einkommen einführen – mit einem staatlich garantierten Positivzins von 2 Prozent und einer Laufzeit von mindestens 10 Jahren. Ausgereicht werden soll die neue Anleihe über die KfW, die die eingeworbenen Mittel über einen Innovationsfonds in Startups und Unternehmensinnovationen investiert. Die Verzinsung wird über die erwirtschaftete Investitionsrendite refinanziert. Damit schaffen wir eine Win-Win-Situation für Sparer und dringend benötigtem Risikokapital für Startups.

- **Mehr staatliche Förderung für Sparer.** Wer als Sparer für die Zukunft vorsorgt, verdient heute Unterstützung. Deshalb wollen wir die Grenzwerte sowie die maximalen Fördersummen für die Arbeitnehmersparzulage verdoppeln. Bisher profitieren Arbeitnehmer mit einem Einkommen von bis zu 17.900 Euro (Bausparverträge) bzw. 20.000 Euro (Aktiensparpläne). Diese Grenzen wollen wir einheitlich auf 40.000 Euro aufstocken. Gleichzeitig wollen wir den Sparer-Pauschbetrag auf 1.600 Euro für Singles bzw. auf 3.200 Euro für Verheiratete verdoppeln.

## 4 RENTE

### Lebensleistung honorieren, zu Vorsorge motivieren

Unser System zur Altersvorsorge basiert auf einem klaren Zielbild: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll davon im Alter gut leben können. Dieser Grundsatz gibt jüngeren Generationen eine gute Perspektive auf die Zukunft und älteren Generationen Sicherheit und Verlässlichkeit. Um diesen Grundsatz weiter einzulösen, braucht es einen Paradigmenwechsel.

Die links-gelbe Regierung verweigert sich der Aufgabe, diesen Paradigmenwechsel einzuleiten. Die Beibehaltung eines Rentenniveaus von 48 Prozent und ein Beitragssatz von 20 Prozent entsprechen der Festschreibung geltenden Rechts. Gleichzeitig ist die sogenannte Aktienrente der FDP mit einem Gesamtvolumen von 10 Mrd. Euro ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zum Vergleich: Der jährliche Steuerzuschuss des Bundes liegt bereits jetzt bei über 100 Mrd. Euro und steigt weiter.

Wir wollen einen Aufbruch bei der Rente mit einem Paradigmenwechsel hin zu einer Kombination aus stabilem Rentenniveau, attraktiven privaten Vorsorgeoptionen, bezahlbaren Beiträgen und einer neuen vierten Renten-Säule mit einer Altersvorsorge von Anfang an. Wir setzen dabei auf das klare Prinzip: Früher vorsorgen statt länger arbeiten.

- **Generationenfonds.** Wir wollen die bestehenden drei Säulen der Altersvorsorge um eine vierte Säule ergänzen: einen Generationenfonds, der eingezahlte Beiträge renditeorientiert anlegt. In diesen Generationenfonds zahlt der Staat in einer Einzahlphase für jedes Kind ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr monatlich 100 Euro ein. Mit dem Eintritt in das Rentenalter beginnt die Auszahlphase. Ziel ist es, die Rentenlücke zu füllen, indem jede und jeder Einzelne zukünftig zusätzlich eine Generationenrente erhält und dadurch Altersarmut wirksam vermieden wird.
- **Alleinerziehenden-Rente.** Alleinerziehende tragen oft alleine eine doppelte Verantwortung. Viele arbeiten in Teilzeit und machen dafür Abstriche bei ihrem Verdienst und somit auch dem Erwerb von Rentenpunkten. Wir wollen deshalb eine Alleinerziehenden-Rente einführen mit Zuschlägen zu den Kindererziehungszeiten für die Zeit als Alleinerziehende oder Alleinerziehender. Als Anhaltspunkt dient dabei die Inanspruchnahme des Alleinerziehenden-Entlastungsbetrags bei der Steuer. Die Finanzierung soll aus Steuermitteln erfolgen.

- **Mütterrente III.** Erziehungsleistungen sind eine Lebensleistung, die in der Rente anerkannt werden muss. Wir haben deshalb die Mütterrente I und II durchgesetzt und für eine stärkere Angleichung der Mütter von vor und nach 1992 geborenen Kindern gesorgt. Die Gerechtigkeitsfrage der Gleichbehandlung aller Mütter in der Rente ist aber erst gelöst, wenn auch für vor 1992 geborene Kinder volle drei Erziehungsjahre in der Rente anerkannt werden. Während sich die links-gelbe Regierung von diesem Prinzip verabschiedet, wollen wir die Mütterrente III mit einer vollständigen Gleichstellung durch drei Rentenpunkte für alle Mütter – unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder.

## 5 GESUNDHEIT

### Krisen bewältigen, Leistung belohnen

Die Corona-Pandemie hat mit der Virusvariante Omikron eine neue Phase erreicht – mit stark steigenden Infektionszahlen, gleichzeitig aber größtenteils deutlich milderen Krankheitsverläufen. Diese neue Corona-Phase braucht auch eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit und einen klaren Fahrplan raus aus der Krise.

- **Corona-Krisenbekämpfung statt Corona-Regierungskrise.** Zentraler Bewertungsmaßstab muss die Belastung des Gesundheitssystems sein, die sich mit milderen Krankheitsverläufen schrittweise entspannt. Wir fordern von der Bundesregierung einen klaren Fahrplan aus der Krise mit verständlichen und einheitlichen Regeln in allen Bereichen. Gleichzeitig hat die Ampel die Verantwortung einen Gesetzentwurf zur allgemeinen Impfpflicht zu formulieren und diesen auch im Kabinett zu verabschieden. Ein Bundeskabinett, das sich aus der Verantwortung, davonstehlen will, indem es nicht entscheidet und ausschließlich auf das Parlament verweist, versagt vor einer historischen Aufgabe. Die verfassungsrechtlichen Fragen, die Fragen der Umsetzung, der Kontrolle und der Sanktionen müssen von den zuständigen Ministerien beantwortet und von einem gesamten Bundeskabinett verantwortet werden. Die Verweigerung, das Bundeskabinett zu befassen, wird von den Impfgegnern als Beleg für die mangelnde Grundgesetzkonformität interpretiert werden und trägt damit zu einer weiteren Polarisierung bei. Wir erwarten von Links-Gelb den Mut zu einem Vorschlag. Dann entscheidet, wie bei jedem Gesetz, abschließend das Parlament.
- **Sofort-Bonus für Intensivpflegekräfte.** Wir wollen einen steuerfreien Sofort-Bonus für Intensivpflegekräfte in Höhe von 3.000 Euro. Der Bundeskanzler hat einen solchen Pflegebonus versprochen, sein Versprechen aber nicht eingehalten. Eine Pflege-Prämie ist bis heute weder ausgezahlt, noch wurden die notwendigen Rechtsgrundlagen dafür geschaffen. Die Nicht-Einhaltung von Versprechen zeigt mangelnden Respekt vor denjenigen, die den Kampf gegen Corona seit vielen Monaten an der Spitze mit führen.
- **Souveränitätsoffensive.** Deutschland ist ein weltoffenes, exportorientiertes Land – und wir wollen, dass das auch so bleibt. Das geht aber nur, wenn Handel gegenseitiger Austausch bedeutet – und nicht einseitige Abhängigkeiten. Deshalb gehört die Frage der Souveränität zurück auf die Agenda der Wirtschaftspolitik. Wir brauchen eine Souveränitätsoffensive, die dafür sorgt, dass wichtige Medizinprodukte, Medizintechnik und Arzneimittel künftig in Europa produziert und in ausreichender Menge als Notfallreserve vorgehalten werden.

## 6 MOBILITÄT

### **Klimaschutz stärken, Pendler entlasten**

Deutschland ist Mobilitätsland. Die individuelle Mobilität mit dem Auto ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Wir haben das Auto immer wieder revolutioniert und stehen bis heute an der Spitze bei der Weiterentwicklung des Automobils. Die Autoindustrie schafft damit über 800.000 qualifizierte und tarifgebundene Arbeitsplätze in Deutschland. Mit Digitalisierung und Klimawandel steht diese Industrie heute vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten und muss sich wieder einmal neu erfinden.

Gleichzeitig ist das Auto nach wie vor für viele ein wichtiges Verkehrsmittel, um den Alltag zu meistern – den Weg zur Arbeit, zur Kita, zur Schule, zum Einkaufen oder zum Arzt. Hinzu kommt ein einmaliges Mobilitätsversprechen des Autos auf Freiheit und Individualität. SPD, Grüne und FDP stellen dieses Mobilitätsversprechen in Frage und planen massive Mehrbelastungen für Millionen Pendler und Unternehmen. Die Koalitionspartner haben sich auf die Angleichung der Energiesteuer für Benzin und Diesel verständigt, was unweigerlich zu höheren Spritpreisen führen wird. Einer Unterstützung der betroffenen Autofahrer erteilen die Grünen eine klare Absage.

Wir glauben, das Auto hat Zukunft mit der ganzen Bandbreite von Elektromobilität über Wasserstoff bis zu synthetischen Kraftstoffen. Diese Notwendigkeit der Technologieoffenheit ergibt sich auch aus den unterschiedlichen Anforderungen an die Antriebe in den verschiedenen Anwendungsfeldern – wie zum Beispiel bei PKWs, LKWs, Bussen oder im Flug- und Schiffsverkehr. Die Ampel hingegen verabschiedet sich von der technologieoffenen Förderung und setzt nur auf die Elektromobilität. Wir stehen für das Gegenmittel mit intelligenten Mobilitätskonzepten statt ideologischem Einheitsrezept.

- **Zukunftsperspektive für den sauberen Verbrenner.** Wenn der fossile Verbrenner ein Enddatum bekommt, muss der Umstieg zu anderen Antrieben stärker gefördert werden. Wir brauchen eine Mobilitätsgarantie, die den Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner verbindlich an den Einstieg in marktfähige Alternativen koppelt. Die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors wollen wir mit synthetischen Kraftstoffen erhalten. Dafür brauchen wir ein Milliardenprogramm für die dynamischere Entwicklung synthetischer Kraftstoffe. Gleichzeitig wollen wir einen starken E-Fuels-Anreiz, indem wir nicht-fossile Bestandteile von Kraftstoffen von der Energiesteuer befreien. Außerdem wollen wir zügig synthetische Kraftstoffe als Beimischung zu Benzin und Diesel, um somit die CO<sub>2</sub>-Einsparziele bei der Mobilität zu erreichen.
- **Mobilitäts-Garantie für den ländlichen Raum.** Wir wollen Mobilität klimafreundlicher gestalten, aber bezahlbar halten. Dafür wollen wir eine dynamische Pendlerpauschale einführen, die automatisch mit dem Sprit-Preis steigt und die Inflation ausgleicht. Gleichzeitig wollen wir für Familien eine Kita-Pauschale einführen, mit der neben dem Fahrtweg zur Arbeit auch der zusätzliche Weg zu Kita steuerlich absetzbar wird.
- **Beste Infrastruktur im ganzen Land.** Wir wollen die erreichten Rekordinvestitionen in die Infrastruktur fortführen und setzen uns für einen weiteren zügigen Ausbau von Elektroladesäulen ein. Forderungen nach Baumulatorien und dem Verbot von Straßenbau-Projekten lehnen wir ab. Ortsumfahrungen entlasten unsere Gemeinden von Lärm, Staus und Schadstoffen. Autobahnausbauten sorgen für einen besseren Verkehrsfluss und effizientere Mobilität. Das wollen wir auch in Zukunft ermöglichen.

- **Schnelle Verbindungen zwischen Umland und Stadtmitte.** Damit Stadt und Land enger zusammenrücken und sich vernetzen können, wollen wir eine Zweckbindung der GVFG-Mittel – mit einem klaren Schwerpunkt auf die Anbindung des Umlandes, den Ausbau von S- und U-Bahnen und Park-and-Ride-Flächen. Außerdem wollen wir mehr durchgängigen Schienenpersonennahverkehr in die Zentren. Dafür sind erhöhte Regionalisierungsmittel zeitnah zu gewährleisten.

## 7 WIRTSCHAFT

### Unternehmen entlasten, Arbeitsplätze schaffen

Unsere Unternehmen und Betriebe stehen vor enormen Herausforderungen: Die Corona-Krise trübt die Konjunkturaussichten, weltweite Lieferengpässe drücken auf das Wirtschaftswachstum, Preissteigerungen verringern Investitionsspielräume und schaffen einen neuen Kostendruck, der internationale Wettbewerb zieht weiter an.

Die Wirtschaft hat deshalb zu Recht auf ein Entlastungssignal gehofft. Mit dem Amtsantritt der links-gelben Regierung ist klar: Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Die FDP hat ihr Wahlkampfversprechen deutlicher Entlastungen nicht eingelöst. Statt eines Aufbruchs setzt die Ampel auf eine Hausaufgabenbeschreibung für die Wirtschaft – mit großen Ansprüchen an eine ökologische Transformation, aber ohne Anreize und Unterstützung.

Wir wollen deshalb ein Booster-Programm für unsere Wirtschaft. Wir wollen Betriebe entlasten und mehr Spielräume geben für nachhaltiges Wachstum, neue Arbeitsplätze, mehr Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsinvestitionen in Klima und Digitalisierung. Wir wollen unsere Wirtschaft für stärken und Transformationen anreizen statt nur auftragen.

- **Investitions-Flat-tax für den Mittelstand.** Wir wollen für kleine und mittelständische Unternehmen (Einzelunternehmen, Personengesellschaften, Kapitalgesellschaften) eine Flat-tax von 20 Prozent für im Unternehmen einbehaltene (thesaurierte) Gewinne. Das ist ein echter Investitions-Turbo für den Mittelstand und schafft die notwendige Liquidität für Investitionen in die Zukunft. Für alle anderen Unternehmen und Betriebe wollen wir eine Unternehmenssteuerreform mit einer Gesamtsteuerlast von maximal 25 Prozent, um international wettbewerbsfähig zu bleiben mit unseren Konkurrenten aus den USA und Asien. Nur wer heute investiert, wird morgen erfolgreich sein. Dazu wollen wir die Möglichkeiten aus eigener Kraft für die Unternehmen schaffen.
- **Abschaffung Soli.** Wir haben in der letzten Wahlperiode durchgesetzt, dass der Soli für 90 Prozent der Steuerzahler abgeschafft und für weitere 6,5 Prozent erheblich reduziert wird. Das war ein wichtiger erster Schritt, aber nicht der letzte. Der Soli muss weg – und zwar für alle. Die FDP hat sich in der Regierung offensichtlich von der Abschaffung des Soli verabschiedet, wir halten daran fest. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und eine wichtige Entlastung für den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft.
- **Effektive Energiepreisbremse.** Steigende Energiepreise setzen Unternehmen und Betriebe zunehmend unter massiven Druck. Statt unsere Wirtschaft durch wirksame Gegenmaßnahmen zu unterstützen, hüllt sich die links-gelbe Koalition in Schweigen. Wir wollen Unternehmen entlasten und ein Sofortprogramm starten, das die



Energiepreise wirksam senkt und unsere Industrie international wettbewerbsfähig hält. Dafür wollen wir Steuern wie Abgaben auf Energieträger auf das Mindestniveau nach EU-Recht absenken, die EEG-Umlage schon 2022 abschaffen und den Energiesteuer-Spitzenausgleich verlängern. Gerade energieintensive Unternehmen und Industriezweige sind in der aktuellen Situation auf Entlastungen und zusätzliche Unterstützungen (z.B. Caps) angewiesen. Die EU hat dafür die Möglichkeiten geschaffen – wir müssen sie nutzen. Beim Carbon-Leakage-Schutz braucht es eine weitere Erhöhung der Kompensationsgrade und niedrigere Zugangsschwellen. Bei der Energie, insbesondere bei der Gasversorgung, müssen wir uns vor einseitigen Abhängigkeiten schützen, indem wir neue Lieferabkommen mit unterschiedlichen Partnern abschließen und eine größere nationale Gasreserve aufbauen. Bei der bevorstehenden endgültigen Abschaltung der Kernkraftwerke muss die neue Bundesregierung Versorgungssicherheit gewährleisten. Gleichzeitig gilt es, die Förderung von klimafreundlichen Technologien auf einem hohen Niveau beizubehalten und die Erneuerbaren Energien massiv auszubauen, damit die Unternehmen die Möglichkeit erhalten, sich Stück für Stück von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen.

- **Corona-Wirtschaftshilfen und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes.** Vielen Branchen drohen neue finanzielle Verluste wegen der schnellen Verbreitung der Omikron-Variante und einer bevorstehenden fünften Corona-Welle. So muss beispielsweise der Einzelhandel durch schärfere Hygieneregeln erhebliche Umsatzeinbußen im Weihnachtsgeschäft hinnehmen und Schausteller leiden massiv unter Corona-bedingten Absagen von Veranstaltungen wie insbesondere den Weihnachtsmärkten. Eine zusätzliche Belastung stellt es für Betriebe dar, wenn sie in einer sich weiter verschärfenden Situation bereits gewährte Corona-Hilfen zurückzahlen müssen. Deshalb wollen wir die Corona-Hilfen an die aktuellen Entwicklungen anpassen und die Regelungen zum erhöhten Eigenkapitalzuschuss von 50 Prozent auf Unternehmen mit starken Umsatzeinbußen ausweiten. Außerdem muss die links-gelbe Bundesregierung dafür sorgen, dass notwendige Rückzahlungen unbürokratisch und einheitlich erfolgen – ohne Zinsen für Rückzahlungen und mit schnellen Prüfungen für Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit brauchen die Unternehmen auch bei der Kurzarbeit. Deshalb wollen wir die aktuell bestehende Sonderregelung für den Bezug von Kurzarbeitergeld über den 31. März 2022 hinaus befristet verlängern. Damit stellen wir auch sicher, dass den Betrieben die Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 50 Prozent weiterhin erstattet werden. Darüber hinaus wollen wir die Gesamtbezugsdauer des Kurzarbeitergelds eng begrenzt verlängern, um Brüche beim Bezug von Kurzarbeitergeld zu vermeiden. Mit diesen Regelungen wird der Verlust von Arbeitsplätzen vermieden, insbesondere in den von der Pandemie besonders betroffenen Branchen wie beispielsweise dem Gastgewerbe und der Veranstaltungswirtschaft
- **Stabilisierung Lieferketten.** Fast alle Unternehmen in Deutschland bekommen die gravierenden Störungen der globalen Lieferketten zu spüren. Um die Resilienz der deutschen Wirtschaft zu stärken, müssen wir Schlüsseltechnologien und -produkte künftig vermehrt auch wieder in Europa produzieren. Wir wollen neben der Chipproduktion weitere Schlüsseltechnologien im Rahmen europäischer Industriepolitik unterstützen (IPCEI). Zudem muss beim Aufbau und der Erweiterung von Produktionsschritten in Deutschland auf eine konsequente Digitalisierung und

Automatisierung gesetzt werden, damit der Fachkräftemangel die Teuerungsrate nicht zusätzlich antreibt. Mit einem Förder-Booster wollen wir kleine und mittlere Unternehmen bei der weiteren Digitalisierung und Automatisierung der Produktion unterstützen.

- **Überholspur für Startups.** Wir sind in den vergangenen Jahren deutlich besser geworden in der Early-Stage-Förderung junger Unternehmen. Jetzt brauchen wir ein Programm für die Wachstumsphase von Startups. Dafür wollen wir Startups, die in der Wachstumsphase ein starkes Investment für den Durchbruch erhalten haben, zusätzlich staatlich boostern mit einer Möglichkeit zur vollständigen Verlustverrechnung über 5 Jahre in die Vergangenheit und unbeschränkt in die Zukunft. Wer investiert muss Anlaufverluste auch vollständig mit Gewinnen verrechnen dürfen.

## 8 SICHERHEIT

### **Sicherheitskräfte stärken, Kriminelle bestrafen**

Nur ein sicheres Deutschland ist ein funktionierendes Deutschland. Tag für Tag stehen unsere Sicherheitskräfte und Streitkräfte mit Leib und Leben für die Sicherheit unseres Landes ein und verteidigen sie gegen Feinde der Demokratie. Sie sind der Garant für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unseren Lebensstil. Deshalb gilt Ihnen unser größter Dank und unsere höchste Anerkennung.

Der Koalitionsvertrag der Ampel hingegen ist ein Papier des Misstrauens gegenüber unseren Sicherheitsbehörden und ein manifestiertes Sicherheitsabbauprogramm für unser Land. Die links-gelbe Regierung will unseren Sicherheitskräften die ermittlungsnotwendige Quellen-TKÜ untersagen. Der Verfassungsschutz darf als unverzichtbares Frühwarnsystem unserer wehrhaften Demokratie seit jeher im begründeten Verdachtsfall Festnetztelefonate mithören, ebenso wie die Bundespolizei im Kampf gegen Schleuser und Menschenhändler. Bei Messenger-Diensten wie WhatsApp hingegen verweigert Links-Gelb den Sicherheitsbehörden denselben Zugang mittels Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung. Das ist realitätsfern und gefährlich. Damit wird der Datenschutz zum digitalen Schutzschirm für Kriminelle, während unsere Sicherheitsbehörden nahezu blind im Netz ermitteln müssen. In der Verteidigung streicht Links-Gelb bei den Investitionen in eine gute Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten und verabschiedet sich gleichzeitig vom 2-Prozent-Ziel der NATO und unserer internationalen Verantwortung. Wir wollen die Sicherheit unseres Landes stärken und verlässlicher Partner für unsere Sicherheitskräfte und unsere Soldatinnen und Soldaten bleiben.

- **Stoppschild für digitale Hetze.** Wir wollen deutsches Recht konsequent im Netz durchsetzen. Einige digitale Kommunikationsdienste haben sich zu Plattformen des Hasses und der Hetze entwickelt. Hier wird jeden Tag deutsches Recht auf deutschem Boden gebrochen. Aus diesem digitalen Sumpf manifestieren sich antidemokratische Bestrebungen, die unseren Staat und unsere Gesellschaft untergraben. Das darf sich unser Rechtsstaat nicht bieten lassen. Wir wollen die digitale Hetze beenden und dafür

sorgen, dass digitale Kommunikationsdienste zweifelsfrei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz erfasst werden. Damit Straftaten effektiv verfolgt werden können, braucht es eine Nutzerdatenerhebung auch durch nummernunabhängige Telekommunikationsanbieter, damit die Behörden im begründeten Verdachtsfall einen Ermittlungsansatz haben. Wir wollen Telekommunikationsdienstleister zur Mitwirkung bei Onlinedurchsuchungen und Quellen-TKÜ verpflichten. Auch Anbieter, die ihren Firmensitz außerhalb Deutschlands haben, sollen zur Kooperation mit deutschen Behörden verpflichtet werden. Bei wiederholtem unkooperativem Verhalten müssen diese Dienste in Deutschland durch wirksame Maßnahmen eingeschränkt werden.

- **Pakt für den Rechtsstaat 2.0.** Wir wollen den von uns eingeleitete Stellenaufwuchs bei den Sicherheitsbehörden verstetigen. Mehr Sicherheit braucht aber auch ein modernes Strafrecht, das den Opferschutz unmissverständlich in den Vordergrund stellt. Dafür wollen wir den Strafrahmen dort anheben, wo der Opferschutz – beispielweise bei Kindesmissbrauch oder Vergewaltigungen – weiter gestärkt werden muss. Um Kinder wirksam zu schützen, müssen wir Täter noch härter verfolgen und bestrafen. Wir wollen den Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Sexualstraftätern erweitern und mit einem lebenslangen Eintrag in das Führungszeugnis sicherstellen, dass überführte Täter nie wieder in die Nähe von Kindern kommen können. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Strafverfolgungsbehörden genug Ressourcen haben, um durch konsequentes Löschen illegaler Inhalte Plattformen nachhaltig einzuschränken. Ergänzend hierzu wollen wir eine Reform des Cyberstrafrechts mit härteren Strafen, die den besonderen Unrechtsgehalt der Cyberstraftaten widerspiegeln. Datendiebstahl und der Weiterverkauf intimer Daten sollten genauso hart bestrafen werden, wie Einbrecher und Hehlerei in der analogen Welt. Besonders bei Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen müssen die Ermittlungsmöglichkeiten verbessert werden. Das BKA benötigt zum Beispiel neue Befugnisse, um laufende Cyberangriffe proaktiv mit technischen Maßnahmen zu unterbinden, wie zum Beispiel die Übernahme des Control-Servers, um Stopp-Befehle zu senden.
- **Verteidigungshaushalt mit Verantwortung und Weitblick.** Wir wollen, dass Deutschland seine Verpflichtungen im Bündnis als starker Partner zuverlässig und solidarisch erfüllt. Deshalb wollen wir ein Verteidigungsplanungsgesetz, mit dem die Finanzierung der großen und wichtigsten Beschaffungs- und Modernisierungsvorhaben der Bundeswehr abgesichert werden. Vorhaben müssen langfristig geplant, vollständig ausfinanziert und ohne Verzögerungen umgesetzt werden können. Das ist für uns ein wichtiger Beitrag zur Erreichung des NATO 2-Prozent-Ziels, zur materiellen Vollausrüstung und zur vollständigen Einsatzbereitschaft der gesamten Bundeswehr. Das diese dringend angezeigt ist, machen uns die Ereignisse der letzten Wochen sehr deutlich. Die Nukleare Teilhabe als zentralen Beitrag der Bundeswehr zur Abschreckungsstrategie der NATO wollen wir erhalten.
- **Einsatzbereite Bundeswehr.** Russland versucht mit bedrohlichen Truppenkonzentrationen den Westen herauszufordern und unsere Entschlossenheit und Willen zur gemeinsamen Handlungsfähigkeit und Reaktion auszutesten. Die Lage in Osteuropa zeigt damit einmal mehr, dass einsatzbereite und jederzeit handlungsfähige Streitkräfte ein notwendiges Instrument jeder glaubwürdigen

Abschreckung und belastbaren Außen- und Sicherheitspolitik sein müssen. Der Weg zum Wiederaufbau von Strukturen und Infrastruktur und die vollständige Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr muss daher weiter fortgeführt werden. Die Bundeswehr muss durch die konsequente Umsetzung der geplanten und vorbereiteten Neuausrichtung, mit personellem Aufwuchs, einschließlich materieller Vollausrüstung, sowie der Beschaffungs- und Modernisierungsvorhaben für die aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen fit gemacht werden.

- **Klare Antworten gegenüber Russland.** Die russische Politik gegenüber der Ukraine ist völkerrechtswidrig. Systematische innenpolitische Destabilisierungen, Annexionen oder Drohgebärden durch Truppenaufmärsche an der Grenze zu Nachbarstaaten sind als Mittel der Politik in Europa inakzeptabel und brauchen eine klare und wirksame Antwort. Die bisherigen Angebote der Bundesregierung, ein Lazarett und 5.000 Helme zu schicken, sind ungenügend und zynisch angesichts der prekären Situation des ukrainischen Volkes. Die Ampel wird damit nicht im Ansatz unserer internationalen Verantwortung gerecht und schadet dem Ansehen und der Rolle Deutschlands in der Welt.

## 9 MIGRATION

### **Migration ordnen, Integration ermöglichen**

Weltweite Migrationsbewegungen sind eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir haben diese Herausforderung politisch angenommen und dabei Humanität und Ordnung zusammengebracht, um die Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft zu erhalten und Integration zu ermöglichen. Wir haben besonders durch die Aufnahme von Kindern und Minderjährigen gezielt geholfen und Solidarität gezeigt. Gleichzeitig haben wir die europäischen Außengrenzen geschützt und klare Regeln für die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern geschaffen. Diese Regeln müssen Bund und Länder durchsetzen und insbesondere bei Gefährdern, Straftätern und Identitätstäuschern konsequent handeln, um die öffentliche Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten. Wir fordern weiterhin Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, um die aussichtslosen Verfahren und Rückführungen in diese Länder zu beschleunigen. SPD und FDP hatten bereits 2019 gemeinsam mit der Union für die Einstufung im Bundestag gestimmt.

Die links-gelbe Koalition verabschiedet sich vom Ansatz Humanität und Ordnung bei der Migration und vom Prinzip Fordern und Fördern bei der Integration. Während die polnische Regierung die europäischen Außengrenzen vor weißrussischen Erpressungsversuchen schützt, kritisiert die Ampel diesen Einsatz und plant neue Anreize für irreguläre Migration. Wir sind ein weltoffenes Land, das Verfolgten Schutz und Leistungsbereiten Perspektiven bietet. Die links-gelbe Migrationspolitik riskiert jedoch alles Erreichte und folgt dem Irrglauben, jede Herausforderung der Migration in Deutschland anstatt vor Ort bewältigen zu können. Fakt ist: Migration ohne Integration bedeutet mehr Spaltung und weniger Solidarität – und erfolgreiche Integration beginnt mit der Ordnung der Migration. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und den Regelungen für hochqualifizierte Zuwanderung haben wir bereits ein umfassendes Regelwerk geschaffen, damit deutsche Unternehmen die erforderliche qualifizierte Zuwanderung anwerben können. Wer qualifiziert ist und in

Deutschland arbeiten will, kann heute bereits regulär kommen. Anstatt der Vermischung von Asyl und Arbeitsmigration durch die Ampel braucht es mehr praktische Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen bei der internationalen Suche nach geeigneten Arbeitskräften.

- **Entscheidung an der EU-Außengrenze.** Die Regeln sind klar: In Europa kann nur Schutz finden, wer einen berechtigten Asylanspruch hat. Wir wollen deshalb spätestens bei Ankunft an den EU-Außengrenzen entscheiden, welcher Flüchtling einen berechtigten Aufenthaltsstatus hat und welcher nicht. Wer keinen Anspruch erhält, wird zurückgewiesen. Sichere Außengrenzen der EU sind eine Grundvoraussetzung für die Zukunft des grenzfreien Schengen-Raums. Der Wegfall der innereuropäischen Grenzkontrollen muss durch Ausgleichsmaßnahmen wie Schleierfahndungen und konsequente Rückführungen abgesichert werden.
- **Recht und Ordnung in Deutschland.** Wir erteilen neuen Anreizen für irreguläre Migration eine klare Absage. Einen sogenannten Spurwechsel durch die Vermischung von Asyl und Arbeitsmigration lehnen wir ebenso ab, wie die von Links-Gelb geplante weitläufige Überführung von Duldungen in Aufenthaltstitel. Jede Straffälligkeit und Verletzung von Mitwirkungspflichten muss zur Aufenthaltsbeendigung führen. Wer gegen eine Einreisesperre nach Deutschland verstößt, muss umgehend in Haft. Die Teilnahme an Integrationskursen soll Voraussetzung sein für Sozialleistungen. Außerdem muss die Bundesregierung weiter alle Hebel in Bewegung setzen für eine Einigung über ein gemeinsames europäisches Asylsystem, das Deutschland als Hauptzielland wirksam entlastet sowie die Sekundärmigration und die Weiterreise von anerkannten Flüchtlingen aus anderen EU-Staaten nach Deutschland wirksam unterbindet.
- **Geklärte Identität als Grundvoraussetzung.** Wir wollen wissen, wer zu uns kommt. Die Ampel verabschiedet sich von diesem Grundprinzip. Statt einer ordentlichen Prüfung der Identität sollen Migranten künftig selber eine Versicherung an Eides statt abgeben können. Das öffnet Missbrauch Tür und Tor. Wir halten an einer verpflichtenden Identitätsprüfung fest und sagen klar: Ohne gesicherte Identität und eine vollständige Mitwirkung im Asylverfahren und bei der Identitätsfeststellung darf es kein Aufenthaltsrecht in Deutschland geben. Dabei muss auf alle zielführenden Mittel wie zum Beispiel die Auswertung von Mobiltelefonen zurückgegriffen werden.
- **Voraussetzungen für die Staatsbürgerschaft erhalten.** Der Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft ist das höchste Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land. Die von Links-Gelb geplante Beschleunigung und Absenkung der Voraussetzungen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft wird diesem Prinzip der Zugehörigkeit nicht gerecht. Wir halten deshalb an den bisherigen Voraussetzungen zur Dauer des Aufenthaltes in Deutschland und die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse fest. Eine Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft lehnen wir ab.

## 10 GESELLSCHAFT

### Teilhabe schaffen, Leistung ermöglichen

Wir wollen, dass Deutschland ein Chancenland bleibt. Ein Land, in dem alle ihr Potenzial ausschöpfen können. In dem Mütter und Väter Familie und Beruf vereinbaren können. Ein Land, das den gewandelten Ansprüchen einer modernen Gesellschaft gerecht wird – mit einer Flexibilisierung der Arbeitswelt und Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer.

Die links-gelbe Regierung geht einen anderen Weg. Statt auf die Stärke unserer Bürgerinnen und Bürger setzt die Ampel auf ein Gesellschaftsbild, das sich in vielen Bereichen vom Leistungsprinzip verabschiedet. Hinzu kommt eine ideologische Symbolpolitik mit Maßnahmen wie dem Wechsel des Geschlechts durch einfache Erklärung und die Legalisierung von Cannabis, die an den tatsächlichen Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft vorbeigehen.

Wir richten unsere Politik aus an den Ansprüchen der gesellschaftlichen Mitte: Respekt vor Leistung und Chancen auf Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Dabei leiten uns klare Grundsätze: Verstehen statt verklären. Mehr Freiheit für jeden Einzelnen statt mehr Hoheit des Staates in allen Bereichen. Bessermachen statt besser wissen.

- **Bekennnis zu zentralen Schutzversprechen des Staates.** Wir bekennen uns zum besonderen Schutz der Ehe und der besonderen Unterstützung für Ehen und Alleinerziehende. Wir bekennen uns zum Schutz des ungeborenen Lebens und auch zu einer empathischen Begleitung derjenigen, die sich in schwierigen Situationen für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden. Eine Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche hingegen lehnen wir klar ab. Wir bekennen uns zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und erteilen einer Legalisierung des gerade für junge Menschen massiv schädlichen Cannabis eine deutliche Absage.
- **Neues Aufstiegsversprechen.** Bildung ist der Schlüssel für soziale Mobilität: Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Bildungschancen erhält. Dafür wollen wir ein persönliches Aufstiegskonto einführen für Jugendliche aus sozial schwachen Familien, dass jeder und jedem eine Ausbildung oder Studium ohne finanzielle Bedenken ermöglicht und alle Kosten von Ausbildungs- und Studiengebühren abdeckt.
- **Balance zwischen Familie und Beruf.** Wir wollen ein Familienpaket mit einer freieren Gestaltung der Arbeitszeiten, mehr Kinderkrankengeld und einer höheren Home-Office-Pauschale einführen. Die Home-Office-Pauschale wollen wir deutlich erhöhen auf 1.000 Euro analog zur bestehenden Werbungskostenpauschale. Mit einer Flexi-Woche für Familien wollen wir weg vom 8-Stunden-Tag hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Die aktuelle Kinderkrankengeld-Regelung wollen wir verstetigen.
- **Kinder- und Jugendgipfel.** Besonders bei unseren Kindern hat die Pandemie sichtbar Spuren hinterlassen. Stärker als bisher müssen wir nicht nur die entstandenen Defizite in Bildung und Ausbildung in den Blick nehmen, sondern auch die psychosozialen Folgen und Entwicklungen. Wir wollen ein Entwicklungspaket, das insbesondere außerschulische Schwerpunkte setzt und dabei dezidiert Sichtweisen und Wünsche von Kindern sowie Jugendlichen beinhaltet. Grundlage der Maßnahmen soll ein Kinder- und Jugendgipfel sowie die dauerhafte Expertise eines psychosozialen Rates sein.

- **Ehrenamtsstärkungspaket.** Die Ehrenamtlichen in unseren Vereinen, Verbänden, Kirchen und Initiativen sind essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie halten unsere Gesellschaft stark, stabil und lebenswert. Das pulsierende Leben in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern ist ohne sie undenkbar. Deshalb wollen und werden wir alles dafür tun, um die Ehrenamtlichen und das Ehrenamt zu stärken, zu fördern und zu erhalten.